

Stellungnahme zum Doppelhaushalt 2013/14

In der heutigen abschließenden Diskussion und Entscheidung zum Haushalt der Stadt für das Jahr 2013/14 geht es nicht mehr um einzelne Zahlen des Haushalts, sondern um die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Stadt insgesamt. Es geht um die Frage, ob die aktuelle Haushaltspolitik den Anforderungen für das nächste und die Folgejahre genügt und eine nachhaltige Entwicklung der Stadt gesichert wird. Diese Frage ist mit einem klaren Nein zu beantworten.

Es ist festzustellen:

1. Städtische Haushaltspolitik orientiert sich zu wenig an den Interessen der Eberswalder Bürger.
Für diese Aussage kann exemplarisch die Haltung der Verwaltung und großer Teile der Abgeordneten zum Thema Rekommunalisierung der Energiewirtschaft der Stadt Eberswalde stehen. In fast vier Jahren sind wir nicht über den Neuabschluss der Konzessionsverträge für die Gas- und Stromnetze hinausgekommen. Die Bemühungen um Schritte zur Rekommunalisierung der Energiewirtschaft sind so gut wie auf der Strecke geblieben.
Während bundesweit in vielen Städten neue Stadtwerke gegründet wurden, treten wir in Eberswalde noch auf der Stelle. Unverkennbar ist, dass die Verwaltung den Prozess der Rekommunalisierung eher bremst als befördert.
Es ist nicht einzusehen, warum die großen Chancen zur Senkung der Energiekosten für die Bürger, für die städtischen Energieverbraucher und Unternehmen nicht genutzt werden sollen. Wir müssen es schaffen, mit der in Erarbeitung befindlichen Energie- und Klimakonzeption endlich neue Wege zu beschreiten. Energieerzeugung und Energiehandel, effektive ökologische Lösungen, regional und sozialverträglich.
2. Die städtische Haushaltspolitik ist weiter vor allem durch eine einseitige Orientierung auf Möglichkeiten der Fördermittelinanspruchnahme geprägt. Dieser Trend ist durch das absehbare Ende der „Förderkulisse“, also der Förderprogramme eher noch verstärkt worden. Nicht der städtebauliche Gewinn oder Verlust, sondern nur der Gewinn an Fördermitteln ist Entscheidungskriterium, auch um den Preis fehlender Nachhaltigkeit.
Dabei sollte z.B. die Landesgartenschau, jetzt der Familiengarten, in Lehrbeispiel sein. Aus Schaden wird man klug, aber nicht reich.
Aber selbst klug werden wir noch lange nicht. Der Lernfähigkeit im Wege steht die Tatsache, dass nicht eigenes Geld, sondern fremdes Geld ausgegeben wird, und als dumm gilt, wer die Fördermittel nicht nutzt. Aber wie viele Objekte gibt es, die durch Fördermittel finanziert wurden, und die danach wieder verkommen, weil die eigene Kraft für die Erhaltung nicht ausreicht.
3. Zur Frage des Bürgerhaushaltes muss ich mich an dieser Stelle nicht mehr äußern. Mehr als Illusionen wurden mit dem diesjährigen Bürgerhaushalt nicht ausgelöst. Es braucht eine andere Einstellung zur Bürgerbeteiligung.
4. Die kommunalen Unternehmen werden vom Haushaltsentwurf nicht erfasst, gehören aber zur Wirtschafts- und Finanzstrategie der Stadt. Enthalten sind im Haushalt allerdings 100.000 € Verlustausgleich für die Technischen Werke und eine Rückstellung von 1 Millionen € jährlich. Ehrlich wäre es aber, statt der Rückstellung den TWE den ihnen zustehenden Verlustausgleich zu zahlen, wofür möglicherweise 1 Mio € jährlich nicht ausreichen. Selbstverständlich dürfen diese Verluste nicht kommentarlos hingenommen werden. Ich werde nicht müde, immer

wieder das längst überfällige Sanierungskonzept zu fordern, wofür ich allerdings bei kaum jemandem Verständnis finde. Nur ungern stimme ich der These zu: der Staat kann nicht wirtschaften, - aber wir werden permanent Zeugen dieser Tatsache. Und dann lassen es sich die Stadtverordneten auch noch gefallen, dafür verantwortlich gemacht zu werden, z.B. mit den Worten: wir haben das Sportzentrum doch gewollt.

Und der wachsende Bereich der Wirtschaftsförderung fördert den weiteren Niedergang, statt ihn aufzuhalten.

5. Aber auch für weitere Entscheidungen zur Innenstadtgestaltung muss Vernunft und Verantwortungsbewusstsein eingefordert werden. Es kann nicht sein, dass die WHG gedrängt wird, mit der Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd Prestigepläne umzusetzen, die eine Gefährdung der Wirtschaftlichkeit der WHG in Verbindung mit einer Belastung für die Stadt bedeuten (wie hoch sind inzwischen die dafür erforderlichen Plankosten? 20 Mio €, 25 Mio €, oder 30 Mio €? Die angestrebten Ziele können mit diesem Projekt nicht erreicht werden. Es steht vielmehr einer gesunden Stadtentwicklung entgegen.
Es ist zu hoffen, dass mit dem Wechsel des Geschäftsführers der WHG auch ein Strategiewechsel bei der WHG einhergeht.
6. Es ist erforderlich, die Planungen für die Gestaltung des Stadtzentrums zu überarbeiten. Verzicht auf eine weitere Verdichtung der Bebauung, Schonung und Entwicklung der Grün- und Freiflächen, bessere Berücksichtigung einer ausgewogenen Stadtteilentwicklung.
7. Insgesamt ist einzuschätzen, dass die Anstrengungen zur Aufstellung eines ausgeglichenen Haushaltes ungenügend sind.

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'A' followed by a cursive name.